



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 12.03.2013

Niederschrift

über die **32. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 05.03.2013, 16:03 Uhr bis 18:32 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU	(bis 18.15 Uhr)
Herr Lars Möller	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	
Herr Karel Schiele	pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Arenz	Die Linke.
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Christian Joisten	SPD	(16.12 Uhr - 17.40 Uhr)
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU	(bis 18.30 Uhr)
Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU	
Herr Thomas Werner	CDU	

Herr Lino Hammer	auf Vorschlag der Grünen
Frau Carola Steiner	SPD/auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag von pro Köln
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Dieter Pannecke	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Dr. Lothar Becker	Rechts- und Versicherungsamt
Herr Christian Dörkes	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Frau Angela Thiemann	Bauverwaltungsamt

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
-------------------	--------

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
--------------------	--

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Feld	FDP/auf Vorschlag der SPD-Fraktion
Frau Lisa Steinmann	SPD
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Horst Ladenberger	Zentrum für selbstbestimmtes Leben
------------------------	------------------------------------

Ausschussvorsitzender Waddey eröffnet die 32. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt er mit, dass diese wie folgt erweitert werden soll:

- 1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.02.2013 betr.
Sperrung der Auffahrt der Zoobrücke in Richtung Deutz
AN/0227/2013

- zu 2.1 FDP-Antrag Umgang mit Ampelausfällen
liege eine **Stellungnahme der Verwaltung** vor
0690/2013

- 4.5 Bürgerhaushalt 2013 - Beteiligung der Fachausschüsse am Beratungsverfahren zur Umsetzung der Bürgervorschläge
0702/2013

- zu 5.7 Beanstandung Verzicht auf KAG-Beiträge Severinstraße
liege ein **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** als **Tischvorlage** vor

- 5.9 Personalgestellung für die Überwachung Tunnel Grenzstraße in der provisorischen Tunnelleitstelle
0549/2013
Tischvorlage

- 6.4 Anfrage der SPD-Fraktion, AN/0085/2013 - Barrierefreie Umrüstung der Haltestelle Neusser Straße/Gürtel
0470/2013

- 6.5 Fahrbahnsanierung Mohrenstraße
hier: Mündliche Anfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.01.2013, TOP 8.7
0575/2013

- 6.6 Veranstaltung "Kölschfest"
hier: Mündliche Anfrage des SB Möller aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.01.2013, TOP 8.5
0659/2013

- 6.7 Neue Lichtsignalanlagen auf der Subbelrather Straße
hier: mündliche Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 10.10.2012, TOP 8.3
0168/2013
Tischvorlage

- 6.8 Freigabe der Bechergasse für den gegenläufigen Radverkehr
hier: mündliche Anfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 04.12.2012, TOP 8.4
0633/2013
Tischvorlage
- 7.6 ÖPNV - Beförderung von Fahrzeugen mit Nummernschild, insbesondere Elektromobile
hier: Sachstandsbericht aus der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
0616/2013
- 7.7 Widmung der Freifläche rund um den Malakoffturm
Vorlagen Nr. 4711/2009, TOP 4.1 in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 04.12.2012
0632/2013

Zurückgezogen werden die Verwaltungsvorlagen:

- 4.2 Platzumgestaltung Ebertplatz, hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für eine Tiefgarage unterhalb der Platzfläche des Ebertplatzes
2618/2012
- 5.2 230. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4641/2012
- 5.5 Nord-Süd Stadtbahn: Erhöhung der Kostenvorfinanzierung aus dem Unglück Waidmarkt
0031/2013

Er schlage vor, die Vorlage

- 5.9 Personalgestellung für die Überwachung Tunnel Grenzstraße in der provisorischen Tunnelleitstelle
0549/2013

zwar aufzunehmen, um einige Fragen zu klären, kündigt jedoch bereits an, sie anschließend ohne Votum in den Rat verweisen zu wollen.

Auch die Vorlagen

- 5.7 Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 " Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)"
0454/2013
mit dem

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.03.2013
AN/0289/2013

und

5.8 228. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3766/2012

möchte seine Fraktion ohne Votum in den Rat verweisen; hier bestehe noch erheblicher Beratungsbedarf.

RM Möring weist darauf hin, dass der Änderungsantrag der FDP-Fraktion auch die Frage der vorzeitigen Teilinbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn wieder aufgreife. Seine Fraktion habe jedoch seiner Zeit vorgeschlagen, diese Thematik erst im Rahmen der Haushaltsplanberatungen abschließend zu entscheiden, so dass er sich einer Verweisung in den Rat nicht anschließen könne.

RM dos Santos Herrmann bestätigt diesen Hinweis zwar; die Verwaltungsvorlagen selber hingegen könnten ihrer Ansicht nach durchaus in der Ratssitzung am 19.03. behandelt werden.

Herr Dr. Becker, stellv. Leiter des Rechts- und Versicherungsamtes, stellt klar, dass die Vorlage unter TOP 5.7, die Aufhebung des ursprünglichen Ratsbeschlusses, zwingend in der kommenden Ratssitzung behandelt werden müsse. Denkbar sei jedoch, über den Änderungsantrag sowie über die Satzungsvorlage zu einem späteren Zeitpunkt zu beraten.

RM Kirchmeyer ist hiermit allerdings nicht einverstanden und möchte aufgrund des Sachzusammenhanges dem eingangs von Herrn Waddey gemachten Vorschlag, die komplette Thematik ohne Votum in den Rat zu verweisen, folgen.

> Der Ausschuss ist mit diesem Verfahren einverstanden.

Seitens der FDP-Fraktion teilt RM Kirchmeyer des Weiteren mit, dass sie aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung (0690/2013) ihren Antrag unter TOP

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 20.02.2013 betr.
Umgang mit ständigen Ampelausfällen
AN/0211/2013

zurückziehe.

Abschließend schlägt Vorsitzender Waddey vor, die TOP

4.1 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn , ÖPNV
Jahresvertrag Granitplatten Roncalliplatz
2107/2011

und

- 7.4 Schutz des Roncalliplatzes und des Heinrich-Böll-Platzes vor Beschädigungen durch PKW und LKW
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vom 06.12.2010
0210/2013
wegen Sachzusammenhangs zusammen zu behandeln.

Der Ausschuss ist mit den übrigen Ergänzungen und den Verfahrensvorschlägen einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.02.2013 betr.
Sperrung der Auffahrt der Zoobrücke in Richtung Deutz
AN/0227/2013

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 20.02.2013 betr.
Umgang mit ständigen Ampelausfällen
AN/0211/2013
zurückgezogen

Stellungnahme der Verwaltung
0690/2013

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

- 3.1 Beschluss der Bezirksvertretung Porz am 08.12.2009
hier: Regionale 2010 - ÖPNV-Anbindung von Gut Leidenhausen
0506/2013

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.1 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn , ÖPNV
Jahresvertrag Granitplatten Roncalliplatz
2107/2011

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 05.03.2013
AN/0341/2013

- 4.2 Platzumgestaltung Ebertplatz, hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für eine Tiefgarage unterhalb der Platzfläche des Ebertplatzes
2618/2012
zurückgezogen
- 4.3 Fahrbahninstandsetzung Subbelrather Straße, Haltestelle Gutenbergstraße hier: Kostenberechnung
4639/2012
- 4.4 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung von Verkehrszeichen
0121/2013
- 4.5 Bürgerhaushalt 2013 - Beteiligung der Fachausschüsse am Beratungsverfahren zur Umsetzung der Bürgervorschläge
0702/2013

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 5.1 Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe
hier: Planungsbeschluss für die Erneuerung der Fliesen
0637/2012
- 5.2 230. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4641/2012
zurückgezogen
- 5.3 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Tel-Aviv-Straße in Köln-Altstadt/Süd
4607/2012
- 5.4 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 bei der Finanzstelle 0000-1202-0-0001, Beschaffung beweglichen Anlagevermögens.
2501/2012
- 5.5 Nord-Süd Stadtbahn: Erhöhung der Kostenvorfinanzierung aus dem Unglück Waidmarkt
0031/2013
zurückgezogen

5.6 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Externe Bauwerksprüfung der unterirdischen Stadtbahnanlage und Hochbahn
nach DIN 1076
4573/2012

5.7 Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 " Verzicht
auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstr-
ße)"
0454/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.03.2013
AN/0289/2013

5.8 228. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln
vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1
Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3766/2012

5.9 Personalgestellung für die Überwachung Tunnel Grenzstraße in der provisori-
schen Tunnelleitstelle
0549/2013

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Anfrage von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.10.2012 zur Barriere-
freiheit der Kölner Bahnhöfe
AN/1641/2012
0189/2013

6.2 Höchstkapazitäten auf zweispurigen Straßen
hier: Mündliche Anfrage des SE Feld aus der Sitzung des Verkehrsausschus-
ses vom 04.12.2012, TOP 8.1
0265/2013

6.3 Anfrage des SE Arenz vom 18.10.2012 - AN1660/2012
Gefährlicher Überweg (Z-Führung) der KVB Linie 7 in Poll
0049/2013

6.4 Anfrage der SPD-Fraktion, AN/0085/2013 - Barrierefreie Umrüstung der Hal-
testelle Neusser Straße/Gürtel
0470/2013

6.5 Fahrbahnsanierung Mohrenstraße
hier: Mündliche Anfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Verkehrs-
ausschusses vom 22.01.2013, TOP 8.7
0575/2013

- 6.6 Veranstaltung "Kölschfest"
hier: Mündliche Anfrage des SB Möller aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.01.2013, TOP 8.5
0659/2013
- 6.7 Neue Lichtsignalanlagen auf der Subbelrather Straße
hier: mündliche Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 10.10.2012, TOP 8.3
0168/2013
- 6.8 Freigabe der Bechergasse für den gegenläufigen Radverkehr
hier: mündliche Anfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 04.12.2012, TOP 8.4
0633/2013
- 7 Mitteilungen der Verwaltung**
- 7.1 Teilnahme an der Earth Hour 2013
0051/2013
- 7.2 Bericht der Stadt Köln gemäß Art. 7 der EU-Verordnung 1370/2007
0104/2013
- 7.3 "Leitlinie Kölner Ringstraßen":
Ergebnis der "Interdisziplinären Planungswerkstatt Kölner Ringstraßen" im Rahmen der Umsetzung des städtebaulichen Masterplans Innenstadt Köln;
hier: Publikation
0183/2013
- 7.4 Schutz des Roncalliplatzes und des Heinrich-Böll-Platzes vor Beschädigungen durch PKW und LKW
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vom 06.12.2010
0210/2013
- 7.5 MÜLHEIM 2020 - Berliner Straße, linienhafte Einengungen
0251/2013
- 7.6 ÖPNV - Beförderung von Fahrzeugen mit Nummernschild, insbesondere Elektromobile
hier: Sachstandsbericht aus der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
0616/2013
- 7.7 Widmung der Freifläche rund um den Malakoffturm
Vorlagen Nr. 4711/2009, TOP 4.1 in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 04.12.2012
0632/2013

- 7.8 Runder Tisch zur Leverkusener Rheinbrücke
- Mündliche Mitteilung -

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Baumaßnahme Leostraße in Ehrenfeld
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.2 Innere Kanalstraße/Venloer Straße
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.3 Stauungen auf dem Zubringer zur A 57 stadteinwärts
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.4 Rotlicht an Stadtbahnhaltestellen
Anfrage des RM Möring
- 8.5 Sachstand zur Verlagerung des Fernlinienbusbahnhofes
Anfrage des RM Möring
- 8.6 P+R-Palette Porz-Wahn
Anfrage des RM Möring
- 8.7 Berliner Straße/Im Weidenbruch
Anfrage des SE Czernik
- 8.8 Umbau der Berliner Straße in Dünwald
Anfrage des SE Czernik
- 8.9 Umfahrung des Heumarktes und Inbetriebnahme der Kleinen Sandkaul
Anfrage des RM Wolter
- 8.10 Drehbrücke Deutz
Anfrage des RM dos Santos Herrmann
- 8.11 Zustand der Haltestellen der Linie 18 rhh.
Anfrage des RM Noack
- 8.12 Forderung einer Busanbindung in Blumberg
Anfrage des RM van Geffen
- 8.13 Unfall am 02.03. auf der Zoobrücke
Anfrage des SE Preckel

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.02.2013 betr. Sperrung der Auffahrt der Zoobrücke in Richtung Deutz AN/0227/2013

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 20.02.2013 betr. Umgang mit ständigen Ampelausfällen AN/0211/2013

Stellungnahme der Verwaltung 0690/2013

Der Antrag wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Beschluss der Bezirksvertretung Porz am 08.12.2009 hier: Regionale 2010 - ÖPNV-Anbindung von Gut Leidenhausen 0506/2013

RM dos Santos Herrmann nimmt seitens der SPD-Fraktion Stellung und merkt an, dass dem Verwaltungsvorschlag zwar gefolgt werden könne. Dennoch möchte sie noch einen Schritt weiter gehen und formuliert daher unten stehenden Ergänzungsantrag.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich RM Tull diesem Antrag an. Sie erhoffe sich von einer geregelten Anbindung auch mehr Publikumsverkehr.

RM Möring signalisiert für die CDU-Fraktion Zustimmung zum Änderungsantrag, weist jedoch darauf hin, dass aus den Erfahrungen mit dem Anrufsammeltaxi nicht zwingend belastbare Erkenntnisse für eine zukünftige Buslinie gewonnen werden können. Ggf. müsse auch über eine Erprobungsphase diskutiert werden. Wenn zu einem späteren Zeitpunkt eine Anbindung über eine Buslinie erfolge, dann müsse jedoch auch über eine Anbindung bis ins Zentrum hinein nachgedacht werden.

Herr Dörkes, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, bestätigt, dass es sich beim Anrufsammeltaxi zunächst um eine Erprobungsphase handele und zu gegebener Zeit über weitergehende Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden müsse.

SE Joisten weist abschließend darauf hin, dass auch zahlreiche Flughafenbeschäftigte aus dem Bereich Rath/Heumar eine optimierte Führung ihres Arbeitsweges über den Mauspfad wünschen. Hier könnten aus seiner Sicht Synergieeffekte erzielt werden und er bitte, bei den weiteren Überlegungen diesen Aspekt mit zu berücksichtigen.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit der KVB AG ab Mai 2013 einen Anruf-Sammel-Taxi-Verkehr (AST) zum Gut Leidenhausen einzurichten.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich aus der Inbetriebnahme des AST ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme des neuen Angebots.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, möglichst noch in diesem Jahr – zum Fahrplanwechsel 2013/2014 - darzustellen, inwieweit eine Anbindung über die Buslinie 161, die bisher zwischen Porz-Mitte und dem Flughafen verkehrt, beispielsweise über den Mauspfad an Gut Leidenhausen erfolgen kann, ggf. mit Weiterfahrt Richtung Königsforst. Die Ergebnisse dieser Prüfung sollen auch in der Bezirksvertretung Kalk diskutiert werden.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Porz diesem Beschluss uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn , ÖPNV Jahresvertrag Granitplatten Roncalliplatz 2107/2011

**Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 05.03.2013
AN/0341/2013**

Hinweis: Die Vorlage wird wie vor Eintritt in die Tagesordnung vereinbart zusammen mit der Mitteilung unter TOP 7.4 „Schutz des Roncalliplatzes und des Heinrich-Böll-Platzes vor Beschädigungen durch PKW und LKW“ behandelt.

RM dos Santos Herrmann führt aus, dass die Mitteilung der Verwaltung sehr enttäuschend sei und nimmt seitens der SPD-Fraktion Stellung zum eingereichten Änderungsantrag.

Für die CDU-Fraktion kann sich RM Möring diesem Antrag anschließen; hinsichtlich Ziffer 1, der Umwidmung der Platzfläche, hege er jedoch rechtliche Bedenken, so dass er zunächst um eine Einschätzung durch die Verwaltung bitte.

RM Wolter signalisiert seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zwar Zustimmung zur Verwaltungsvorlage. Zugleich kritisiert er jedoch die Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfauftrag des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) auf das Schärfste. Der Beschluss des AVR sei bereits vor 2,5 Jahren gefasst worden und letztendlich habe die Verwaltung nun mitgeteilt, dass die Situation unverändert bleiben sollte. Dies sei in keiner Weise akzeptabel und erwecke den Eindruck, die Verwaltung nehme die Beschlüsse der politischen Gremien nicht ernst. Die von der Verwaltung mitgeteilten Kosten für eine Abpollerung des Platzes halte er für viel zu hoch gegriffen; er bitte hier um Nachbesserung - auch unter Berücksichtigung der Alternative „Zufahrtmöglichkeiten mittels Chipkarten“. Dieses Verfahren werde in vielen anderen Städten bereits erfolgreich praktiziert und verursache weniger Kosten. Seine Fraktion erwarte die Mitteilung der Prüfergebnisse noch in diesem Jahr.

Für die FDP-Fraktion kann sich RM Kirchmeyer zwar der Verwaltungsvorlage, nicht jedoch dem Änderungsantrag in Gänze anschließen. Auch sie hege Bedenken hinsichtlich einer Umwidmung der Platzfläche und bitte ggf. um Einzelabstimmung. Aus ihrer Sicht müsse allerdings zudem über andere verkehrslenkende Maßnahmen nachgedacht werden. Den Hinweis von Herrn Wolter, Chipkarten einzusetzen, könne sie unterstreichen; in Straßburg beispielsweise funktioniere dies problemlos auch bei ganzen Stadtvierteln.

RM Schiele äußert für die Fraktion pro Köln uneingeschränkte Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag.

BG Höing sagt zu, die hier aufgeworfenen Vorschläge mitzunehmen und auch mit Blick auf andere Städte nochmals zu prüfen. Er weist jedoch auch darauf hin, dass die Problematik sehr komplex und schwierig sei und er im Vorfeld der heutigen Sitzung bereits viele Schreiben von Bürgern erhalten habe, die sich ebenfalls der Stellungnahme der Verwaltung anschließen.

Frau Thiemann, Leiterin des Bauverwaltungsamtes, schlägt vor, Ziffer 1 des Änderungsantrages in einen Prüfauftrag umzuwandeln. Das Umwidmungsverfahren sei ein förmliches Verfahren nach dem Straßen- und Wegegesetz NRW, das zunächst im Amtsblatt der Stadt Köln angekündigt werden müsse. Anschließend hätten alle Betroffenen das Recht, sich zu beteiligen und Einwendungen zu erheben.

RM dos Santos Herrmann erachtet einen Prüfauftrag aufgrund der bisher gemachten Erfahrungen in dieser Angelegenheit als zu unverbindlich. Es bleibe der Verwaltung unbenommen, dem hiesigen Ausschuss eine Zwischenmitteilung vorzulegen. Es gehe hier nicht schon um die Beschlussfassung über die Umwidmung; vielmehr solle mit dem Antrag zunächst einmal das Verfahren eingeleitet werden. Hierzu zähle auch die Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen. Am Roncalliplatz bestehe nun dringender Handlungsbedarf, da hier jeder mache was er wolle. Der Platz sei ein Aushängeschild für Köln und sollte so gestaltet und genutzt werden, dass er seinem ganzen Umfeld gerecht werde.

RM Tull schließt sich der scharfen Kritik von Herrn Wolter an. Die Diskussion auch über eine Umwidmung dauere nun bereits seit über 2 Jahren an. Sie erwarte eine Mitteilung der Verwaltung, wie die Situation am Roncalliplatz entschärft werden könne und nicht eine Mitteilung der Verwaltung, welche Maßnahmen nicht realisiert werden können. Hinsichtlich der kostengünstigen Möglichkeit, versenkbare Poller mit Chipkar-

ten zu installieren, bitte sie die Verwaltung, sich diese am Müngersdorfer Stadion oder bei den HGK anzuschauen.

RM Kirchmeyer spricht die große Anzahl von Berechtigten an, die die Platzfläche befahren dürfen und wirft die Frage auf, ob diese das Recht wirklich benötigen bzw. ob diesen das Recht seitens der Verwaltung zwingend zugestanden werden müsse. Sie vertrete die Auffassung, dass beispielsweise Mitarbeiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau oder des Amtes für öffentliche Ordnung nicht bis auf die Platzfläche hinauf fahren müssen und einige Anlieger auch andere Anfahrtswege nutzen können.

Vorsitzender Waddey sieht dies auch so und möchte zudem wissen, wie sich die in Kürze beginnende Renovierung des Dom-Hotels im Hinblick auf den zusätzlichen Lkw-Verkehr gestalten werde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, bestätigt die Baumaßnahme, räumt jedoch ein, dass der Verwaltung weiter gehende Informationen noch nicht bekannt seien. Er gehe allerdings davon aus, dass vorab ein Beweissicherungsverfahren durchgeführt werde.

Bezug nehmend auf die Zufahrtsberechtigung zum Dom-Hotel fragt Herr Möring, ob die seinerzeitige Widmung ein Entgegenkommen der Stadt gewesen sei oder ob es ein Anrecht gebe, dass das Dom-Hotel angefahren werden dürfe. Ihm stelle sich zudem die Frage, ob das Parken im dortigen Bereich durch entsprechende Beschilderungen verboten werden könne.

Frau Thiemann weist darauf hin, dass sie diese Fragestellungen im Rahmen des Umwidmungsverfahrens detailliert prüfen werde.

RM Noack gibt zu Bedenken, dass aktuell auf dem schmalen Streifen, der für die Zu- und Abfahrt des Dom-Hotels vorgesehen sei, Außengastronomie errichtet wurde und das Wegerecht aus seiner Sicht somit nicht mehr greife. Er bitte die Verwaltung daher, die Örtlichkeiten in Augenschein zu nehmen.

Nach weiterer, teils kontroverser Diskussion über Ziffer 1 des Änderungsantrages, eine etwaige Umwidmung, stellt Ausschussvorsitzender Waddey klar, dass diese ggf. auch gar nicht benötigt werde, wenn sich herausstellen sollte, dass die Zielsetzung, weniger Verkehr und vor allen Dingen weniger Schwerverkehr auf die Domplatte zu lassen, auch anders erreicht werden könne. Die Diskussion abschließend stellt er den Änderungsantrag sowie die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung.

1. Beschluss (Ziffer 1 Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Die Verwaltung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen unverzüglich umzusetzen:

- Umwidmung der gesamten Platzfläche des Roncalliplatzes, so dass diese nur in Ausnahmefällen befahren und beparkt werden darf

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion

2. Beschluss (Ziffern 2-6 Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Die Verwaltung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen unverzüglich umzusetzen:

- Klare Regelungen und zahlenmäßig enge Begrenzung der Zufahrtsberechtigungen

- Verstärkung der Kontrollen
- Umsetzung aller Maßnahmen im Laufe diesen Jahres
- Nach einem Erfahrungszeitraum von einem Jahr ist zu prüfen, ob versenkbare Poller an den Zufahrtswegen zum Roncalliplatz mit individuellen Zugangsberechtigungen (Chipkarten, etc.) eine sinnvolle und kostensparende Ergänzungsmaßnahme sind
- Die Verwaltung soll konkrete Informationen über Beschaffungs- und Betriebskosten von versenkbaren Pollern bei anderen Städten und dem Stadtwerke-Konzern einholen und dem Ausschuss mitteilen.

Vorab ist zu prüfen, ob und in welcher Höhe durch die Umwidmung Schadensersatzansprüche entstehen können. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales ist hierbei in die Beratungsfolge einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3. Beschluss (Verwaltungsvorlage gem. Anlage 4, modifiziert durch den Ergänzungsantrag)

Der Verkehrsausschuss stimmt der Vergabe eines Jahresvertrages über die Granitplattenverlegearbeiten auf dem Roncalliplatz und der Domplatte zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich 142.502,50 Euro. Die Mittel stehen im Entwurf zum Doppelhaushalt 2013/2014, Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung.

Die Verwaltung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen unverzüglich umzusetzen:

- *Umwidmung der gesamten Platzfläche des Roncalliplatzes, so dass diese nur in Ausnahmefällen befahren und beparkt werden darf*
- *Klare Regelungen und zahlenmäßig enge Begrenzung der Zufahrtsberechtigungen*
- *Verstärkung der Kontrollen*
- *Umsetzung aller Maßnahmen im Laufe diesen Jahres*
- *Nach einem Erfahrungszeitraum von einem Jahr ist zu prüfen, ob versenkbare Poller an den Zufahrtswegen zum Roncalliplatz mit individuellen Zugangsberechtigungen (Chipkarten, etc.) eine sinnvolle und kostensparende Ergänzungsmaßnahme sind*
- *Die Verwaltung soll konkrete Informationen über Beschaffungs- und Betriebskosten von versenkbaren Pollern bei anderen Städten und dem Stadtwerke-Konzern einholen und dem Ausschuss mitteilen.*

Vorab ist zu prüfen, ob und in welcher Höhe durch die Umwidmung Schadensersatzansprüche entstehen können. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales ist hierbei in die Beratungsfolge einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion

**4.2 Platzumgestaltung Ebertplatz, hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für eine Tiefgarage unterhalb der Platzfläche des Ebertplatzes
2618/2012**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**4.3 Fahrbahninstandsetzung Subbelrather Straße, Haltestelle Gutenbergstraße
hier: Kostenberechnung
4639/2012**

Vorsitzender Waddey bittet in diesem Zusammenhang um Mitteilung, wie weit die Vorbereitungen zu den Bahnsteiganhebungen gediehen seien.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, teilt mit, dass die Planungen hierzu grundsätzlich abgeschlossen seien; die Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt dauere jedoch noch an.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Maßnahme Fahrbahnsanierung im Zuge des Haltestellenumbaus Gutenbergstraße fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Maßnahme. Auf die Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.4 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung von Verkehrszeichen
0121/2013**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Lieferung von Verkehrszeichen fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.5 Bürgerhaushalt 2013 - Beteiligung der Fachausschüsse am Beratungsverfahren zur Umsetzung der Bürgervorschläge
0702/2013**

> Die Beschlussfassung wird zurückgestellt.

Hinweis der Verwaltung: Im Nachgang zur Sitzung wurde einvernehmlich vereinbart, auf die Durchführung einer Sondersitzung zu verzichten und die Beschlussfassung unmittelbar in der Hpl-Sitzung des Finanzausschusses am 12.04.2013 herbeizuführen.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe hier: Planungsbeschluss für die Erneuerung der Fliesen 0637/2012

Beschluss gem. Anlage 9:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt

- Maßnahmen zur Sicherung der vorhandenen bzw. abzunehmenden Fliesen zu prüfen,
- Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der vorhandenen Fehlstellen vorzunehmen,
- einen Wettbewerb in Form eines Werkstattverfahrens mit drei teilnehmenden Büros durchzuführen, in dem ein Gesamtkonzept inklusive Kostenplanung für die künftige Gestaltung sowohl der Verteilerebene als auch des Fußgängertunnels zur Messe erarbeitet wird. Die Details zur Durchführung des Wettbewerbs sind in einer der nächsten Sitzungen des Verkehrsausschusses vorzustellen. Die Ergebnisse des Wettbewerbs sollen möglichst noch in 2013 zur abschließenden Entscheidung vorgelegt werden.
- Als mögliche Alternative soll im Zuge der weiteren Planungen auch der Erhalt des vorhandenen Fliesenspiegels bewertet werden.

Für die Vorbereitung und Durchführung des Wettbewerbes werden vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2013 / 2014 Mittel in Höhe von 30.000 Euro bereitgestellt. Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Hj. 2013 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.2 230. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4641/2012

Die Vorlage wurde zurückgezogen, da alle Bezirksvertretungen uneingeschränkt zugestimmt haben und somit auf einen 2. Durchgang verzichtet werden kann.

5.3 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Arbeitstitel: Tel-Aviv-Straße in Köln-Altstadt/Süd 4607/2012

RM Tull führt aus, dass der Bebauungsplan ein Gebiet betreffe, das als Insellage bezeichnet werden könne. Es sei umgeben von großen Straßen und für Fußgänger und Radfahrer gebe es nur ungenügend Möglichkeiten dieses Gebiet zu erreichen. Da der Investor jedoch auch studentisches Wohnen ermöglichen wolle, rege sie dringend an,

in dem noch zu erstellenden Gutachten den Aspekt der Anbindung an die umliegenden Viertel mit zu prüfen.

Für die CDU-Fraktion schließt sich RM Möring diesem Vorschlag an.

BG Höing weist darauf hin, dass es sich hier zunächst um den Einleitungsbeschluss handele; die in den Gremien diskutierten Hinweise und Vorschläge werde die Verwaltung selbstverständlich aufgreifen und prüfen.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Flurstück 453, Flur 10, (ehemaliges Zollkriminalamt) und für die städtischen Grundstücke zwischen Mengelbergstraße, Tel-Aviv-Straße und Perlengraben (Flurstücke 436, 438 und 441, Flur 10) in Köln-Altstadt/Süd —Arbeitstitel: Tel-Aviv-Straße in Köln-Altstadt/Süd— einzuleiten mit dem Ziel, insbesondere Art und Maß des Vorhabens festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 2 (Bürgerversammlung als Abendveranstaltung).

Die Verwaltung wird gebeten, die Frage der Anbindung für Fußgänger und Radfahrer in die umliegenden Viertel in dem noch zu erstellenden Gutachten mit zu untersuchen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.4 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 bei der Finanzstelle 0000-1202-0-0001, Beschaffung beweglichen Anlagevermögens. 2501/2012

RM Möring moniert, dass diese Vorlage sowohl von der Sache als auch von der Begründung her sehr unbefriedigend sei. Die nun vorgelegte Kostenerhöhung sei nun doch sehr erheblich und er frage sich, warum dies nicht absehbar gewesen sei, auch wenn es sich hier um Spezialanfertigungen handele. Nach seinem Verständnis müsse es diese Fahrzeuge bereits in anderen Kommunen geben. Zudem bezweifle er, ob die Aussage, dass die Aufgabenwahrnehmung durch eigenes Personal kostengünstiger als eine externe Vergabe sei, wirklich belastbar sei. Außerdem möchte er wissen, warum bei vier Prüfgruppen „nur“ zwei Fahrzeuge angeschafft werden und ob die Möglichkeit geprüft wurde, derartige Fahrzeuge gebraucht zu erwerben.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, räumt ein, dass die Kostenerhöhung in der Tat sehr unbefriedigend sei. Bei der Kalkulation sei die Stadt auf die AWB angewiesen, die für die Fahrzeugbeschaffung zuständig sei, und in dieser speziellen Beschaffungsmaßnahme - Einzelanfertigungen - auf keinerlei Erfahrungswerte zurückgreifen konnte. Sein Amt habe den Anspruch, ein Großteil der Prü-

fungen – mit Ausnahme von Spezialprüfungen wie Unterwasser-Pylone oder Strompfeiler im Rhein – künftig selber durchzuführen, so dass für diese die Fahrzeuge zwingend notwendig seien. Beispielsweise habe man bisher immer die Hebebühnen von den Brückenmeistereien ausleihen müssen. Er gehe davon aus, dass die zwei Fahrzeuge für die aktuell bestehenden drei Prüfteams ausreichend sein werden. Seine Mitarbeiter hätten sich durchaus die „Vorbildfahrzeuge“ insbesondere beim Landesbetrieb Straßenbau angesehen; diese seien jedoch noch größer und teurer als die nun zur Diskussion stehenden Fahrzeuge. Auf dem Gebrauchtwagenmarkt bzw. von anderen Kommunen derartige Spezialfahrzeuge zu erwerben, erachte er als sehr schwierig und sei daher auch nicht in Erwägung gezogen worden.

Herr Möring zeigt sich von diesen Ausführungen in keiner Weise überzeugt und lehnt eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung ab. Es sei nicht erkennbar, dass hier eine vernünftige Abwägung hinsichtlich der Kosten vorgenommen wurde. Auch leuchte ihm nicht ein, warum es im vorliegenden Fall eine Spezialanfertigung nur für die Stadt Köln sein müsse; die Kontaktaufnahme mit anderen Kommunen, dem Landesbetrieb oder Landkreisen, die diese Fahrzeuge ebenfalls benötigen und bestellen müssen, halte er durchaus für erforderlich und sinnvoll.

RM dos Santos Herrmann schlägt vor, eine ergänzende Stellungnahme zu den heute aufgeworfenen Fragen zu erbeten und die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Seitens der Verwaltung teilt BG Höing mit, dass diese die Fragen eingehend prüfen und beantworten werde. Die Beschlussfassung könne daher bis zur kommenden Sitzung am 16.04. vertagt werden.

> Die Beschlussfassung wird bis zum 16.04.2013 vertagt.

5.5 Nord-Süd Stadtbahn: Erhöhung der Kostenvorfinanzierung aus dem Unglück Waidmarkt 0031/2013

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

5.6 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Externe Bauwerksprüfung der unterirdischen Stadtbahnanlage und Hochbahn nach DIN 1076 4573/2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stellt den Bedarf zur externen Bauwerksprüfung der unterirdischen Stadtbahnanlage und Hochbahn nach DIN 1076 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung dieser Maßnahme.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten belaufen sich auf rd. 1.309.000,00 EURO. Die Mittel sind im Hpl.-Entwurf 2013/2014 einschl. Finanzplanung bis 2016 berücksichtigt.

Die Bedingungen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO sind erfüllt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.7 Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 " Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)"
0454/2013**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.03.2013
AN/0289/2013**

> Die Vorlage und der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wurden vor Eintritt in die Tagesordnung ohne Votum in den Rat verwiesen.

**5.8 228. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3766/2012**

> Die Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung ohne Votum in den Rat verwiesen.

**5.9 Personalgestellung für die Überwachung Tunnel Grenzstraße in der provisorischen Tunnelleitstelle
0549/2013**

Vorsitzender Waddey verweist auf die entsprechende noch nicht vollzogene Dringlichkeitsvorlage zu dieser Thematik und bittet die Verwaltung um nähere Erläuterungen.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, führt aus, dass sich die hier vorliegende Verwaltungsvorlage zunächst auf die Zeit bis 2015 beziehe. Die Tunnelleitzentrale sei eine Pflichtaufgabe nach der RABT und müsse auf Dauer eingerichtet werden. Die Feuerwehr habe diese Aufgabe am Tunnel Grenzstraße bis Ende vergangenen Jahres mit eigenem Personal erledigt; deren Stundenkontingent sei nunmehr jedoch aufgebraucht, so dass man sich aktuell – d.h. für die Dauer von vier Monaten bis 30.04.2013 - einem Rahmenvertrag der Gebäudewirtschaft mit einer Wach- und –Sicherheitsfirma angeschlossen habe. Diese ausgeschriebene Vergabe müsse nun durch die hier auch angesprochene Dringlichkeitsentscheidung noch im Nachgang genehmigt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Waddey bestätigt Herr Neweling die Verpflichtung, sämtliche Tunnel über eine Tunnelleitstelle zu überwachen. Allerdings sei Köln hier in der Tat etwas säumig, da noch keine Nachrüstung der Brandschutzeinrichtungen nach RABT erfolgt sei. Eine entsprechende Machbarkeitsstudie hierzu werde derzeit erarbeitet, sei jedoch sehr zeit- und arbeitsintensiv. Zu gegebener Zeit – voraussichtlich im Herbst d.J. – werde die Verwaltung eine entsprechende Verwaltungsvorlage in die Gremien einbringen. Die Prüfung, ob eigenes Personal kostengünstiger als die nun beauftragte Sicherheitsfirma gewesen wäre, sei durchaus vorgenommen worden; die Kosten hielten sich jedoch in etwa die Waage. Die bisher gemachten Erfahrungen mit der beauftragten Firma seien allerdings durchweg positiv. Ob dann für die dauerhaft einzurichtende Leitstelle ggf. auf eigenes Personal, das jedoch noch eingestellt wer-

den müsse, zurückgegriffen werde, werde im Rahmen der Machbarkeitsstudie mit geprüft.

RM Kirchmeyer verweist auf die Diskrepanz zwischen den in der Vorlage angegebenen und den vom Rechnungsprüfungsamt anerkannten Kosten (vgl. hierzu Anlage 2 der Vorlage) und bittet um Aufklärung. Hiervon unabhängig schließe sie sich dem zu Beginn der Sitzung von Herrn Waddey gemachten Vorschlag an, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Neweling zur Machbarkeitsstudie einer dauerhaften Tunnelleitzentrale bittet RM dos Santos Herrmann angesichts der Komplexität des Themas, der Notwendigkeit und auch der hohen Kosten die Verwaltung, baldmöglichst einen Zwischenbericht mit allen denkbaren Alternativen vorzulegen.

Vorsitzender Waddey gibt zu Bedenken, dass die dauerhafte Tunnelleitzentrale ggf. schon vor Fertigstellung des Tunnels Grenzstraße in Betrieb gehen könnte und von daher der nun vorliegende Vertrag bis 2015 evtl. nicht mehr benötigt werde; aus seiner Sicht sei es daher überlegenswert, einen Vertrag von kürzerer Dauer abzuschließen.

Auf Nachfrage des SE Preckel teilt Herr Neweling abschließend mit, dass die Nachrüstung aller Kölner Tunnel – hierzu zählen auch längere Brücken wie Klettenberggürtel und Militärringstraße oder auch längere Autobahnbrücken - noch voraussichtlich 10 Jahre andauern werde. Den Hinweis von Herrn Waddey, den Vertrag ggf. flexibel zu handhaben – werde die Verwaltung aufgreifen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Hinweis der Verwaltung:

Im späteren Sitzungsverlauf konnte von Herrn Neweling aufgeklärt werden, dass es sich im Schreiben des Rechnungsprüfungsamtes um einen Tippfehler handelte; statt 30.06.2014 muss es richtiger Weise 30.06.2015 heißen.

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Anfrage von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.10.2012 zur Barrierefreiheit der Kölner Bahnhöfe AN/1641/2012 0189/2013

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.2 Höchstkapazitäten auf zweispurigen Straßen
hier: Mündliche Anfrage des SE Feld aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 04.12.2012, TOP 8.1
0265/2013

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.3 Anfrage des SE Arenz vom 18.10.2012 - AN1660/2012
Gefährlicher Überweg (Z-Führung) der KVB Linie 7 in Poll
0049/2013

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.4 Anfrage der SPD-Fraktion, AN/0085/2013 - Barrierefreie Umrüstung der Haltestelle Neusser Straße/Gürtel
0470/2013

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.5 Fahrbahnsanierung Mohrenstraße
hier: Mündliche Anfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.01.2013, TOP 8.7
0575/2013

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.6 Veranstaltung "Kölschfest"
hier: Mündliche Anfrage des SB Möller aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.01.2013, TOP 8.5
0659/2013

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.7 Neue Lichtsignalanlagen auf der Subbelrather Straße
hier: mündliche Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 10.10.2012, TOP 8.3
0168/2013

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

RM Tull kritisiert diese Stellungnahme auf das Schärfste. Der Ausschuss habe der Verwaltung in dieser Angelegenheit klare Vorgaben gegeben, die diese jedoch nicht umgesetzt habe. Die Begründung hierfür, insbesondere die Ausführungen zu der Erfassung mittels Detektoren, könne sie in keiner Weise nachvollziehen. Wichtig sei, dass kürzere Umlaufzeiten programmiert werden und dass die Fußgänger – als gleichberechtigte Teilnehmer am Straßenverkehr - nicht erst auf Anforderung Grün bekommen. Dies sei bereits häufig im hiesigen Ausschuss diskutiert und der Verwaltung aufgegeben worden. Sie erachte diesen Fall als Missachtung der politischen Beschlüsse und bitte um Erklärung.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass die Schaltung am westlichen Abgang der Haltestelle Liebigstraße noch entsprechend dem Wunsch des Ausschusses geändert werde. Zudem werde die Verwaltung ein flexibles Programm schalten, so dass auch die bemängelten langen Wartezeiten minimiert werden. Berücksichtigen müsse man jedoch, dass die Stadtbahnbeschleunigung mit hoher Priorisierung, wie sie der Zuschussgeber verlange, die Erfassung aller Verkehrsteilnehmer einschließlich der Fußgänger erfordere.

RM Zimmermann weist zudem erneut darauf hin, dass die Subbelrather Straße auch nicht in einem Zuge gequert werden könne und die entsprechenden Aufstellflächen zu klein seien. Er bitte dies mit zu prüfen.

Abschließend macht RM Tull deutlich, dass sie die Vorgehensweise der Verwaltung für nicht akzeptabel halte. Sofern die Verwaltung der Auffassung sei, dass ein Beschluss des Ausschusses nicht umsetzbar sei, müsse dies im Vorfeld kommuniziert und diskutiert werden.

**6.8 Freigabe der Bechergasse für den gegenläufigen Radverkehr
hier: mündliche Anfrage des SE Vietzke aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 04.12.2012, TOP 8.4
0633/2013**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

**7.1 Teilnahme an der Earth Hour 2013
0051/2013**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.2 Bericht der Stadt Köln gemäß Art. 7 der EU-Verordnung 1370/2007
0104/2013**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 7.3 "Leitlinie Kölner Ringstraßen":
Ergebnis der "Interdisziplinären Planungswerkstatt Kölner Ringstraßen"
im Rahmen der Umsetzung des städtebaulichen Masterplans Innenstadt
Köln;
hier: Publikation
0183/2013**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 7.4 Schutz des Roncalliplatzes und des Heinrich-Böll-Platzes vor Beschädigungen durch PKW und LKW
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vom 06.12.2010
0210/2013**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 7.5 MÜLHEIM 2020 - Berliner Straße, linienhafte Einengungen
0251/2013**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 7.6 ÖPNV - Beförderung von Fahrzeugen mit Nummernschild, insbesondere Elektromobile
hier: Sachstandsbericht aus der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
0616/2013**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 7.7 Widmung der Freifläche rund um den Malakoffturm
Vorlagen Nr. 4711/2009, TOP 4.1 in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 04.12.2012
0632/2013**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 7.8 Runder Tisch zur Leverkusener Rheinbrücke
- Mündliche Mitteilung -**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass am 22.02. der Runde Tisch getagt habe und der Verkehrsminister des Landes über deren Gutachten berichtet habe. Zur Erhaltung der Infrastruktur seien pro Jahr 7,2 Milliarden € an Investitionen erforderlich. Zudem habe der Landesbetrieb Straßenbau einen sogenannten Masterplan für Brücken aufgelegt, demzufolge 365 Brücken untersucht

werden müssen. In NRW allein werde ein Bedarf von 350 Mio. €, 10 Jahre lang, erwartet. Bei den hiesigen Autobahnen seien die A 1, die A 3 und die A 61 betroffen. Die Leverkusener Rheinbrücke solle schnellst möglichst erneuert werden; die Planfeststellung soll 2017 abgeschlossen sein, 2020 bereits eine 1. von zwei Brücken stehen. Schwerverkehre werden dort Einschränkungen hinnehmen müssen, die sich auf Köln auswirken werden, so dass am kommenden Freitag ein weiteres Treffen stattfinden werde.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Baumaßnahme Leostraße in Ehrenfeld Anfrage des RM Kirchmeyer

RM Kirchmeyer bittet um Mitteilung, warum es derzeit einen Stillstand auf dieser Baustelle gebe und wann die Baumaßnahme abgeschlossen werde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt eine schriftliche Stellungnahme zu.

8.2 Innere Kanalstraße/Venloer Straße Anfrage des RM Kirchmeyer

RM Kirchmeyer möchte wissen, warum die Baumaßnahme in der Hauptverkehrszeit begonnen wurde. Sie löse nach ihrer Beobachtung starke Verkehrsbehinderungen aus.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, führt aus, dass die Behinderungen mit der gesamten Erweiterung der Venloer Straße aber auch mit dem Neubau der Moschee zusammenhängen. Letztgenannte Hochbaumaßnahme habe sich bedauerlicher Weise verzögert. Jedoch wären auch im Sommer Behinderungen zu erwarten gewesen, da alle Spuren das ganze Jahr über ausgelastet seien.

8.3 Stauungen auf dem Zubringer zur A 57 stadteinwärts Anfrage des RM Kirchmeyer

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt zu, die entsprechenden Ampelschaltungen prüfen zu lassen.

8.4 Rotlicht an Stadtbahnhaltestellen Anfrage des RM Möring

RM Möring berichtet von einem ihm zugegangenen Hinweis, nach dem die Rotphase noch mehrere Sekunden nach Durchfahrt einer Stadtbahn andauere. Dies berge die Gefahr, dass Leute, die öfters Gleise queren, das Ausschalten dieser Rotphase nicht abwarten sondern unmittelbar nach Durchfahrt der Bahn losgehen, dabei aber übersehen, dass aus der anderen Richtung noch eine Bahn naht. Die beiden letzten Unfälle zwischen Fußgängern und Stadtbahnen seien nach seinen Informationen hierin begründet gewesen. Er bitte daher um Mitteilung, ob diese Schaltungen generell an allen Haltestellen so eingerichtet seien und ob diese ggf. korrigiert werden sollten.

RM Kirchmeyer weist darauf hin, dass in Rotterdam beispielsweise akustische Rotlichtwarnsignale installiert wurden und bittet um Mitteilung, ob diese auch in Köln denkbar wären.

8.5 Sachstand zur Verlagerung des Fernlinienbusbahnhofes Anfrage des RM Möring

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet, dass zwischenzeitlich intensive Verhandlungen mit dem Flughafen stattgefunden haben. Hierbei wurden zwei mögliche Standorte gefunden; ein endgültiger, dessen Erschließung jedoch etwas kompliziert sei, da er in einem Bereich mit einem ehemaligen Regenrückhaltebecken liege, sowie ein temporärer Standort auf einer etwaigen Erweiterungsfläche des Flughafens. Derzeit werde die Vergabe von Gutachten, die für das Planrecht erforderlich seien, vorbereitet.

8.6 P+R-Palette Porz-Wahn Anfrage des RM Möring

RM Möring bittet um Mitteilung, ob und inwieweit die hierfür im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel übertragen werden, welche Planungen der Investor für die Norderschließung des Geländes verfolge und welcher zeitliche Rahmen für den Umbau des Bahnhofsvorplatzes insgesamt vorgesehen sei. Zudem möchte er wissen, ob die Stadt zwischenzeitlich Eigentümerin der entsprechenden Flächen sei.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, verneint die letztgenannte Fragestellung. Die Finanzierung werde derzeit verwaltungsintern geklärt. Hinsichtlich der Umsteigeanlagen für die Busse befinde die Verwaltung sich derzeit in intensiver Diskussion mit dem Rechnungsprüfungsamt. Eine entsprechende Verwaltungsvorlage werde voraussichtlich in die kommende Ausschusssitzung eingebracht.

8.7 Berliner Straße/Im Weidenbruch Anfrage des SE Czernik

SE Czernik verweist auf die Aussage der Verwaltung, nach der Anfang 2013 die Ampelanlage in Betrieb genommen werden sollte. Er bitte nun um Mitteilung, wann dies erfolgen werde. Zudem wurde eine Fahrbahnverengung vorgenommen und die Rechtsabbiegerspur in Höhe der Cottbuser Straße soll augenscheinlich nach links für den Geradeausverkehr verlegt werden. Herr Czernik möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob man hierdurch die kritische Situation, dass Autofahrer von der Rechtsabbiegerspur geradeaus in Richtung Am Emberg fahren, umgehen möchte oder ob hier in der Tat gebaut werde.

8.8 Umbau der Berliner Straße in Dünwald Anfrage des SE Czernik

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass der Zuschussantrag zwischenzeitlich gestellt wurde. Erst wenn dieser beschieden sei, könne mit der Baumaßnahme begonnen werde.

8.9 Umfang des Heumarktes und Inbetriebnahme der Kleinen Sandkaul Anfrage des RM Wolter

RM Wolter bittet um Auskunft, ob die Kleine Sandkaul ordnungsgemäß im Sommer wieder geöffnet und die Überführung des Heumarktes dann zurückgebaut werde. Hintergrund der Frage sei, dass der kommende Weihnachtsmarktbetreiber eine Eislaufbahn um das Reiterdenkmal herumführen möchte und ihm zufolge die Sperrung aufgrund einer Hochbaumaßnahme, für die ein Baustellenfeld benötigt werde, länger andauern werde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass derzeit in der Tat Überlegungen bestehen, ob und inwieweit das Karree um den Gürzenich abgerissen und neu bebaut werden könne. Diese Frage sei jedoch noch nicht abschließend diskutiert, insofern könne er keine belastbare Antwort geben.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, fügt ergänzend hinzu, dass es sich hier nicht um ein Grundstück der KVB handele, es werde lediglich von der KVB genutzt. Das Karree möchte ein privater Investor neu bebauen.

8.10 Drehbrücke Deutz Anfrage des RM dos Santos Herrmann

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, berichtet, dass derzeit noch Ursachenforschung betrieben werde; es handele sich jedoch nicht um einen Getriebeschaden. Der Motor werde nun von einer Spezialfirma abgeholt und im Werk untersucht; augenscheinlich sei dieser noch reparabel. Der derzeitige Schaden sei nicht auf den seinerzeitigen Havarieschaden zurückzuführen.

8.11 Zustand der Haltestellen der Linie 18 rrh. Anfrage des RM Noack

RM Noack moniert den schlechten Zustand der Haltestellen der Linie 18 im Rechtsrheinischen. Die Haltestellen seien mit Klinker ausgelegt, die in einem simplen Sandbett liegen. Die durch die Frostschäden lose gewordenen Klinker seien herausgezogen und mit Bitumen wieder aufgefüllt worden. Hierdurch seien jedoch sowohl auf den Rampen als auch auf den Treppenanlagen viele Stolperfallen entstanden. Er bitte daher um Mitteilung, ob dies nur provisorische Maßnahmen seien und noch eine Generalsanierung erfolgen werde.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, teilt mit, dass diese Problematik aktuell mit der KVB thematisiert wurde. Die Stolperfallen werden in den nächsten Tagen noch mit Sand aufgefüllt. Gleichwohl handele es sich hier um ein generelles Problem, das bekannt sei.

8.12 Forderung einer Busanbindung in Blumberg Anfrage des RM van Geffen

Herr Dörkes, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, teilt mit, dass die entsprechende Verwaltungsvorlage in die kommende Sitzung der Bezirksvertretung eingebracht werde.

**8.13 Unfall am 02.03. auf der Zoobrücke
Anfrage des SE Preckel**

SE Preckel bittet um Mitteilung, ob der Unfall wiederum auf den dort installierten Starkasten zurückzuführen sei.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt eine Klärung zu.

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

gez.

Manfred Waddey
(Ausschussvorsitzender)

gez.

Angela Krause
(Schriftführerin)